

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

27.2.1930 (No. 50)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abholung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je 25 bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Moldenhauers Deckungsprogramm Zahlreiche Streitpunkte

In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts will sich der Reichsfinanzminister die Ermächtigung zur Ausarbeitung der Vorlagen seines Programms geben lassen. Es sollen 450 Millionen Reichsmark aufgebracht werden, wovon 170 Millionen für Überweisung an Länder und Gemeinden abgehen. Die restlichen 280 Millionen reichen aus, das Defizit zu beseitigen.

Den Hauptplatz des Deckungsprogramms nimmt die Biersteuererhöhung um 240 Millionen ein, wobei 90 Millionen für die Länder bestimmt sind. Die Erhöhung von Kaffee- und Zeezoll, die bereits durch Verordnung geregelt ist, ist mit 50 Millionen veranschlagt. Dazu kommen 30 Millionen aus der Verlegung der Zahlungsstermine für Steuern und Zölle, ferner 65 Millionen aus Benzol- und Benzinzoll. Dieser Punkt des Programms wird besonders lebhaft diskutiert, weil er eine erhebliche Belastung des gesamten Kraftfahrzeugwesens, insbesondere des Kraftfahrzeugwesens und damit der Wirtschaft bedeutet. Man plant die Heraufsetzung des Benzinzolls von 5,6 auf 10 Reichspfennig und die Einführung eines Benzolzolls von 10 Pf. Dazu wird dann später eine Verbindung zwischen Verbrauchssteuer und der jetzigen Kraftverkehrssteuer treten. Im Rahmen des alten Programms soll dann eine Mineralwassersteuer 40 Millionen erbringen. Schließlich sind noch 50 Millionen Reichsmark anzuführen, die dem Reiche aus dem Verzicht der Industriesteuern zugute kommen.

Der Reichsfinanzminister hat erklärt, daß er das Notopfer unter keinen Umständen mitmacht. Die Deutsche Volkspartei besteht auf ihrer Forderung einer Festlegung des Steuererhebungsversprechens in der Höhe von 600 bis 700 Millionen Reichsmark für das nächste Etatsjahr. Als die schwierigste Frage des ganzen Beratungstoffes der Kabinettsitzung wird in parlamentarischen Kreisen die Arbeitslosenversicherung angesehen. Es fragt sich sehr, ob die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu dem Plan gibt, die Deduktion von 100 Millionen des Defizits der Arbeitslosenversicherungsanstalt selbst zu überlassen.

Zu den Vorschlägen des Reichsfinanzministers schreibt der „Vorwärts“: Wie immer man zu den Einzelheiten des Moldenhauer'schen Programms stehen mag, in seiner Gesamtheit ist es für die Sozialdemokratie untragbar. Dieses Programm bedeutet eine wesentliche Verschärfung der politischen Situation. — Die „Voss. Ztg.“ sieht die größte Schwierigkeit in der Arbeitslosenversicherung und hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Reichsfinanzminister in dieser Frage im Kabinett überstimmt werde, denn mit den Sozialdemokraten dürften auch die dem Zentrum angehörenden Minister gegen die Regelung stimmen, die Moldenhauer erstrebt. Es könne so zu einem schweren Konflikt innerhalb des Kabinetts kommen.

Mehrere Blätter wissen mitzufühlen, daß Reichsfinanzminister Moldenhauer über seine Deckungsvorschläge für den Etat 1930 hinaus die Zustimmung des Reichskabinetts für ein großes Staatsprogramm, das sich auf Jahre hinaus erstrecken soll, erreichen will. Dieses Staatsprogramm sehe Ausgabenentlastungen und auch Steuerentlastung von 1931 vor. Durch eine gesetzliche Regelung sollen während der nächsten drei Jahre Mehrausgaben über den letzten Voranschlag hinaus nur möglich sein, wenn der Reichstag gleichzeitig durch Bewilligung höherer Neueinnahmen für die Deduktion sorgt.

Das Steuerentlastungsprogramm Moldenhauers soll von 1931 an in einem Zeitraum von mehreren Jahren durchgeführt werden. Der „Vorwärts“ spricht von einem geplanten Ausgabenentlastungsgebot, durch das Herabsetzung der Reichs-, Länder- und Gemeindeaufwendungen festgelegt werden sollen. — Die „Voss. Ztg.“ weist darauf hin, daß eine Etatpolitik, wie sie der Reichsfinanzminister angeblich vorschlägt, nur durchzuführen wäre, wenn der Reichstag auf sein jährliches Budgetrecht freiwillig verzichten würde.

Der Reichshaushaltsplan

Wie verlautet, schließt der neue Etat (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt) in Einnahmen und Ausgaben mit etwa 11,1 Milliarden Reichsmark ab, d. h. mit einigen hundert Millionen Reichsmark mehr als der letzte Etat. Der Reichshaushalt zeigt Ausgaben von 701 Millionen Reichsmark. Beim Arbeitsministerium waren 1250 Millionen angefordert, von denen bis jetzt in den Resorverhandlungen 1190 Millionen zugestanden sind. Das Auswärtige Amt verlangt 644 Millionen, das Ministerium des Innern 46 Millionen, das Verkehrsministerium 173 Millionen, der Etat der Reichsfinanzministerien 450 Millionen, in dieser stark erhöhten Summe ist der Tilgungsfonds von 450 Millionen enthalten. Für ein Ost- und Westprogramm sind je 20 Millionen Reichsmark vorgesehen.

Neue Deutsche Vermittlung im russisch-chinesischen Konflikt

W. W. Manting, 27. Febr. (Tel.). Das Ministerium des Auswärtigen hat die Mitteilung erhalten, daß 45 chinesische Bürger noch immer von den Sowjetbehörden in Wolowostok festgehalten werden, obwohl das Abkommen von Chabarowst vorsieht, daß beide Parteien die Gefangenen, die bei dem Konflikt wegen der chinesischen Eisenbahn gemacht wurden, freizulassen haben. China habe bereits alle sowjetrussischen Gefangenen in Freiheit gesetzt. Die chinesische Nationalregierung wird das deutsche Auswärtige Amt um seine Vermittlung ersuchen.

Letzte Nachrichten

Das Deckungsprogramm vor dem Reichskabinett Drohende Regierungskrise

Br. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers begann heute vormittag im Reichstag die angekündigte Kabinettsitzung. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer entwickelte zunächst seine Pläne zur Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt, und zwar in der Form, wie sie untenstehend im einzelnen mitgeteilt sind. Es ist anzunehmen, daß die Kabinettsitzung längere Zeit in Anspruch nehmen wird, da die Auffassungen der Parteien in wesentlichen Punkten stark auseinandergehen. Der Reichsfinanzminister hat die Absicht, die Presse heute Abend eingehend über das Ergebnis der Beratungen zu informieren. Das Kabinett tagt, wie weiter gemeldet wird, bis zur Stunde (1 Uhr mittags) weiter, ohne daß ein Ende der Beratungen abzusehen ist. Man rechnet damit, daß die Entscheidung erst am späten Nachmittag fallen wird. Dabei wird jetzt noch der letzte Versuch gemacht, irgendeine Formel zu finden, um wenigstens für die nächsten Tage die Weiterarbeit des Parlaments zu ermöglichen. Doch gilt die Lage als außerordentlich ernst und man hält es nicht mehr für ausgeschlossen, daß bereits heute ein Bruch in der Regierung erfolgen wird, so daß also dann eine Lösung herauskäme, die zeigt, daß man nicht in der Lage ist, eine Einigung in den Steuerfragen zu erzielen. Besonders wird es Moldenhauer verargt, daß er in seinen neuen Deckungsvorschlägen entsprechend den Wünschen seiner Partei sich auf die Steuerentlastung festgelegt hat.

Für den Fall, daß heute die Krise eintritt, spricht man in politischen Kreisen davon, eventuell die Finanzfragen zu verschieben und zunächst den Duen-Young-Plan zu erledigen. Ob das aber möglich ist, hängt ausschließlich vom Zentrum ab, in dessen Reihen die Ansichten geteilt scheinen. Sehr bezeichnend für die Situation ist, daß man schon von einem Eingreifen Hindenburgs spricht, auf das man offensichtlich die letzte Hoffnung richtet.

Morgen Abstimmung im Duingausschuß

M. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Die vereinigten Ausschüsse beendigten heute ihre Arbeit und setzen am morgen vormittag die Abstimmung fest. Das ist die 13. Sitzung, die obendrein an einem Freitag stattfindet, was von dem Kommunisten Stöcker schon als böses Omen bezeichnet wurde.

W. B. Berlin, 27. Febr. (Tel.) Die vereinigten Ausschüsse des Reichstages berieten heute in vertraulicher Sitzung das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen, die deutsche Garantie für die ehemaligen Schuldenanleihen und die Frage einer Nämungssammelle im Rheinland. Reichsaussenminister Dr. Curtius, der am Mittwoch durch seine Erklärung an Welt gefesselt war, hat sich gesundheitlich so erholt, daß er heute der Duingplanberatung in den vereinigten Reichstagsausschüssen beizuhören konnte.

Die Verlängerung der Wohnungswangswirtschaft

M. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Der Wohnungswangsausschuß lehnte heute die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Verlängerung der geltenden Bestimmungen über die Wohnungswangswirtschaft bis zum 30. Juni 1932 ab und nahm einen Zentrumsantrag an, der die Verlängerung nur bis 30. Juni 1931 vorsieht.

Deutscher Schritt in Lissabon

W. B. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Im Zusammenhang mit dem von Portugal an eine französische Luftverkehrs-gesellschaft gegebenen Monopol für einen Transozeanverkehr nach Südamerika, gegen das der Gesandte der Vereinigten Staaten Einspruch erhoben hat, hat, wie die „V. Z.“ berichtet, auch der deutsche Gesandte in Lissabon, v. Bakland, entsprechende Schritte bei der portugiesischen Regierung unternommen. Es handelt sich bei diesem Schritt nicht um einen formellen Protest, sondern um eine informatorische Klärung des Vertreters des Deutschen Reiches mit dem Staatssekretär des portugiesischen Auswärtigen Amtes.

Die Fahrt der „Europa“

W. B. Hamburg, 27. Febr. (Tel.) Der Schnelldampfer „Europa“ hat um 10 Uhr beim Feuerlöschiff Elbe III Anker geworfen. Der Tender „Vorwärts“ ist von Cuxhaven mit Gästen und Personal nach der „Europa“ abgegangen und kehrt dann mit dem ausgewechselten Personal nach Cuxhaven zurück. Um 11.30 Uhr beabsichtigt die „Europa“, wieder die Anker zu lichten und die Fahrt nach Bremerhaven fortzusetzen.

*Parlamentsskrisen

Bei der letzten Regierungskrise in Paris ist es vorgekommen, daß zu Beginn der Kammer Sitzung der bisherige Kriegsminister Maginot auf der Regierungsbank Platz nahm und erst durch das Gelächter der Deputierten darauf aufmerksam wurde, daß er gar nicht mehr Kriegsminister war, und daß schon andere Leute auf die Plätze der Regierungsbank Anspruch hatten. Man hat in Frankreich das kleine Ereignis als Scherz behandelt, aber darüber den Ernst der ganzen parlamentarischen Situation keineswegs außer acht gelassen. Wie unsere Leser wissen, ist das Kabinett des radikalen Zührers Chaumemps schon in der ersten Kammer Sitzung gestürzt worden. Und bis heute weiß in Paris niemand zu sagen, wer nun eigentlich das neue Kabinett bilden soll.

Vergegenwärtigen wir uns einmal, wie der Pariser Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ über die letzten Vorgänge in Paris urteilt. Er sagt in Nr. 152 vom gestrigen Tage, daß der Sturz der Regierung Chaumemps mehr bedeute als das Scheitern einer beliebigen Kombination; es müsse sich jetzt entscheiden, ob die Kammer imstande ist, überhaupt noch eine wie auch immer geartete Mehrheit zustande zu bringen, und ob sie zwischen dem Glanz ihrer Einzelbegabungen und dem Glanz ihrer Formlosigkeit den rechten Mittelweg findet. Sei ihr dies nicht möglich, so gebe man einem weiteren Verfall der Aktionsfähigkeit des Parlaments entgegen, und der Rest der Legislaturperiode werde von erbitterten Kämpfen zwischen Gruppen erfüllt sein, die sich mehr und mehr zerreißen und schließlich überhaupt nicht mehr zusammenfinden können. Und weiter heißt es in dem Artikel, daß der Kampf um die Kabinettsbildung weniger ein Spiel um die politischen Leidenschaften sei als der Verfall von Grüppchen, die es nicht mehr wagen, ein weitreichende politische Verantwortung auf sich zu nehmen. Und zum Schluß des Artikels wird Chaumemps selbst zitiert, der in der entscheidenden Kammer Sitzung erklärte, sein Sturz werde nicht nur das außenpolitische Ansehen Frankreichs schädigen, sondern auch eine Krise des parlamentarischen Regimes nach sich ziehen, eine Krise, zu welcher das Land selbst über das Parlament hinweg Stellung nehmen müsse. Er erläuterte dann diese immerhin auffallende Wendung, „über das Parlament hinweg“ dahin, daß man mit der für französische Verhältnisse ganz außergewöhnlichen Möglichkeit einer Kammerauflösung rechnen müsse.

Wir glauben, daß der Pariser Berichterstatter der „Frankf. Zeitung“ — gerade, weil ja auch er ein Freund des Parlamentarismus ist und durch Respektiments in seinem Urteil nicht abgelenkt wird — die mißlichen Zustände durchaus richtig schildert. Wenn in dem klassischen Lande des Parlamentarismus ein derart krisenhafter Zustand besteht, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß auch in andern Ländern, in denen man sich erst mühsam auf die Klaviatur des Parlamentarismus einspielen muß, ähnliche oder noch viel schlimmere Krisen zutage treten. Was in diesem Zusammenhang England, das andere klassische Land des Parlamentarismus, betrifft, so ist auch dort der innerpolitische Himmel von einem drohenden Gewölk umzogen, aus dem jeden Augenblick die Miße hervorzuden können.

Und warum allenthalben diese Krisen, diese chaotische Verwirrung? Es ist nicht die Außenpolitik, die in erster Linie die Schuld daran trägt. Macdonald und Briand und Lardieu und Stresemann haben auf dem Gebiet der Außenpolitik eine Menge Lorbeeren geerntet. Die Entwicklung auf dem Gebiet der inneren und zumal der Wirtschaftspolitik war jedoch derart, daß sie die Möglichkeit, Lorbeeren zu ernten, vollkommen ausschloß. Mit Ausnahme Frankreichs, wo eine Wirtschaftskrise an sich nicht besteht, wo sich vielmehr die krisenhaften Probleme eher aus einem Überfluß an Mitteln ergeben, ist es überall die Wirtschaftspolitik, welche die Völker und ihre Regierungen in die größte Sorge stürzt. Auch in der Wirtschaftspolitik spiegelt sich die Tatsache, daß wir in einer bis in ihre Grundtiefen aufgerührten Übergangsperiode leben, in greller Weise wieder. Und naturgemäß ist diese Spiegelung besonders grell in jenen Ländern, die den Weltkrieg verloren und unter den Folgererscheinungen schwer leiden mußten, also auch in Deutschland.

Und so gelten die ersten Worte, mit denen in der „Frankfurter Zeitung“ die Parlamentskrisen in Frankreich gekennzeichnet wurde, auch für unser eigenes Vater-

Mit der Beilage: 24. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

land. Die Kritik in Berlin ist jetzt offenkundig. Jede der Koalitionsparteien hat ihre Stellung bezogen. Das heißt: jede hat ihre ganz bestimmten Forderungen und will von ihnen nichts preisgeben. Beim Reichskabinett liegt nach wie vor die Entscheidung, das heißt in erster Linie beim Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Man hat Moldenhauer im Haag nachgefragt, daß er der „Mann mit den eisernen Nerven“ sei. Zum mindesten seine eigene Partei, die Deutsche Volkspartei, erwartet, daß er jetzt auch dem Problem der Reichsfinanz- und Steuerreform gegenüber diese eisernen Nerven beweise.

Wie es heißt, hat Dr. Moldenhauer ein ganz bestimmtes Programm entworfen. Was darüber bisher bekannt geworden ist, klingt so, daß man hoffen könnte, mit diesem Programm vorwärtskommen, wenn es auch noch nicht alle Wünsche befriedigt. Aber es wäre vielleicht ein verheißungsvoller Anfang. Die Frage ist nur die, ob das Reichskabinett dieses Programm zu seinem eigenen machen und es geschlossen vor dem Parlament vertreten wird. Im Parlament kann es dann noch manche Überraschung geben. Es ist durchaus nicht gesagt, daß eine jede Regierungspartei, die jetzt noch alles ablehnt, bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag die gleiche Haltung bekundet, wenn sie sieht, daß das Reichskabinett einmütig hinter dem betreffenden Programm steht. Auf diese Einmütigkeit des Kabinetts kommt es jetzt an. Daß sie herzustellen wäre, wird von Kennern der parlamentarischen Situation in Berlin allerdings bezweifelt.

Die Regierungsbildung in Frankreich

Poincaré als Vermittler

Tardieu hat sich am Mittwochnachmittag doch entschlossen, die Regierungsbildung in die Hand zu nehmen, nachdem Poincaré abgelehnt hatte, da sein Gesundheitszustand es ihm tatsächlich nicht vor Ablauf einiger Zeit erlaube, ein Kabinett zu bilden und zu leiten. Dabei erklärte er, daß er gerne bereit sei, Tardieu seine Hilfe zur Bildung eines Kabinetts einer weit ausgreifenden republikanischen Einigung zu leisten. Die radikale Kammer- und die Senatsfraktion erklärte jedoch sogleich, daß sie an einem Kabinett unter dem Vorsitz von Tardieu nicht mitarbeiten könne.

Die Schwierigkeiten für Tardieu

WB. Paris, 27. Febr. (Tel.) Die Morgenblätter erklären, die Vertrauensbildung in die Hand zu nehmen, nachdem Poincaré abgelehnt hatte, da sein Gesundheitszustand es ihm tatsächlich nicht vor Ablauf einiger Zeit erlaube, ein Kabinett zu bilden und zu leiten. Dabei erklärte er, daß er gerne bereit sei, Tardieu seine Hilfe zur Bildung eines Kabinetts einer weit ausgreifenden republikanischen Einigung zu leisten. Die radikale Kammer- und die Senatsfraktion erklärte jedoch sogleich, daß sie an einem Kabinett unter dem Vorsitz von Tardieu nicht mitarbeiten könne.

„Matin“ sagt: Man muß aus der Sadgasse herauskommen, sonst bliebe nur noch die Auflösung der Kammer übrig. Hochsitzende Persönlichkeiten, und namentlich Poincaré, bemühen sich um eine Lösung. Sie hoffen, daß die Radikalen, wenn der erste Born verfliegen ist, zu einer gerechteren Beurteilung der Lage gelangen werden. Der Ernst der Lage wird übrigens gekennzeichnet durch die Betrachtung zweier rein politisch eingestellter Blätter. Das Organ Daladiers, „La République“, schreibt: Ein Kabinett Tardieu kann nur ein Kampfkabinett sein. Die Radikalen lehnen sich gegen eine solches Kabinett auf, sie sind zum Kampf bereit. Eine Kampfanfrage erklärt auch der Führer der Sozialisten, Léon Blum, im „Populaire“. Blum sagt, der Starckopf Tardieu werde ohne die Radikalen und notwendigerweise ohne Briand ein reines Rechtskabinett bilden, das erste, das Frankreich seit mehr als 50 Jahren erlebt habe. Der von ihm hingeworfene Fehdehandschuh werde aufgenommen werden.

Chamberlain über Völkerbund und Kelloggpakt

WB. London, 27. Febr. (Tel.) In einem Brief an die „Times“ warnt Sir Austen Chamberlain unter Bezugnahme auf die Genfer Verhandlungen davor, durch Änderung der Völkerbundsatzung zwei Klassen von Unterzeichnern des Kelloggpaktes zu schaffen, nämlich solche, die zur Anwendung von Sanktionen verpflichtet sind, und solche, die es nicht sind. Er fügt hinzu: Je mehr der Völkerbund sich auf die Anwendung von Sanktionen nach Ausbruch von Feindseligkeiten festlegt, desto schwächer wird er sein. Je mehr er sich jedoch darauf festlegt, Krieg zu verhindern, desto größer wird sein Erfolg ausfallen.

Flottenkonferenz und französische Krise

WB. London, 27. Febr. (Tel.) „Times“ faßt die Lage der Flottenkonferenz folgendermaßen zusammen: Die Konferenz hat einen Mittelweg gewählt zwischen einer zweiten Vertagung, die aus vielen Gründen unangebracht gewesen wäre, und einer ebenfalls unangebrachten Weiterführung formaler Verhandlungen bei Abwesenheit einer der Mächte. Das Ziel der Konferenz bleibt ein Fünfmächtevertrag.

Aber die geistige Zusammenkunft des 12-Boots-Ausschusses meldet „Daily Telegraph“, zur Überraschung der Mehrzahl der Anwesenden habe der amerikanische Sachverständige die Annahme des ganzen ursprünglichen Wortlauts der Konvention von 1922 beantragt. Der französische Vertreter habe erklärt, Frankreich könne die Artikel 3 und 4 keinesfalls annehmen. Diese Artikel verhielten, daß Unterseeboote gegen Passfahrtschiffe vorgehen und erklären Verträge gegen die Schifffahrt für Seezählereit.

Kommunistenkundgebungen in Amerika

WB. New York, 27. Febr. (Tel.) Nach einer Meldung aus Seattle im Staate Washington haben die Kommunisten auch dort versucht, vor dem Rathaus eine Kundgebung zu veranstalten, die von der Polizei unterdrückt wurde. In Los Angeles zog eine aus etwa 3000 Personen bestehende Menge unter Führung eines kommunistischen Organisations nach dem Rathaus. Die Polizei bediente sich schließlich des Tränengases. 30 Demonstrationssteilnehmer wurden verhaftet, die meisten von ihnen haben Verletzungen davongetragen. 20 Polizeibeamte befinden sich ebenfalls in ärztlicher Behandlung.

Prälat Kaas fährt nach Rom. Der Führer des Zentrums, Prälat Kaas, wird sich demnächst zur Erholung nach dem Süden begeben. Bei dieser Gelegenheit wird er in Rom über die Stellung der katholischen Militärgeistlichen in der Reichswehr verhandeln. Die Gerüchte, die wissen wollen, daß Prälat Kaas aus gesundheitlichen Rücksichten die Leitung der Partei nicht mehr beibehalten kann, sind als übertrieben zu bezeichnen, ebenso die Meldungen unrichtig, die eine Ernennung zum Kurienkardinal ankündigen.

Aus dem Reichstag

Gegen die Bewilligungsfreudigkeit

Im Reichstag wurde am Mittwoch die Novelle zur Reichshaushaltsordnung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Die im wesentlichen dem Zweck dient, eine sparsamere Wirtschaft im Reich dadurch zu erzielen, daß dem Finanzminister gewisse Möglichkeiten zur Abdrosselung einer unerlösten Bewilligungsfreudigkeit gegeben werden. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer beschränkte sich auf kurze Einführungsworte für die Vorlage. Er erinnerte an die im Ausschuss gestellten Anträge, die das Bewilligungsrecht des Reichstages weiter einschränken wollten, er hat aber, diese Verfassungsfragen jetzt nicht in die Debatte zu ziehen, sondern die Vorlage schnell zu verabschieden, damit sie noch auf den Etat für 1930 Anwendung finden könne.

Die Mahnung des Ministers wurde von keiner Partei beherzigt, auch von seiner eigenen Deutschen Volkspartei nicht. Es entwickelte sich vielmehr eine ausgebreitete Verfassungsdebatte über die Vorzüge und Nachteile des parlamentarischen Regimes, über die Frage, ob die letzte Entscheidung über Ausgaben beim Reichstag und bei der Regierung oder beim Reichsparlamentarisch und dem Reichspräsidenten liegen solle. Die Wirtschaftspartei hatte einen Antrag in dieser Richtung gestellt, während die Deutsche Volkspartei einen ähnlichen im Ausschuss abgelehnten Antrag heute nicht wieder eingebracht hatte. Der volksparteiliche Redner plädierte allerdings sehr warm für die Einschaltung eines vom Parlament unabhängigen Sparkommisars oder Haushaltsministers. Die Volkspartei behalte sich vor, eine solche Verfassungsänderung bei anderer Gelegenheit zu beantragen. Von den Rednern der übrigen Regierungsparteien wurden die Pläne der Volkspartei und der Wirtschaftspartei abgelehnt; auch die Deutsch-nationale Volkspartei war nicht unbedingt dafür.

Der Antrag der Wirtschaftspartei wurde schließlich gegen die Anträge abgelehnt und die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen. An den Haushaltsausschuss ging eine von den Sozialdemokraten beantragte Entscheidung, wonach Gutachten des Sparkommisars auch dem Reichstag und dem Reichrat zugeleitet werden sollen.

Ohne Aussprache stimmte das Haus einer Vorlage zu, wonach das Reichsgericht Hilfsrichter heranziehen kann.

Am heutigen Donnerstag, 15 Uhr, soll das Ministerpensionsgesetz zur zweiten Beratung kommen.

Aus den Ländern

Konflikt in der Preußenkoalition

Es scheint demnach, als ob sich aus dem Ministerwechsel im preussischen Unterrichtsministerium noch weitere politische Folgen ergeben werden. Die Tatsache, daß der Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion für diesen Posten, Herr Köhnig, durch den Widerstand der demokratischen Fraktion zu Fall gebracht worden ist, hat in sozialdemokratischen Kreisen eine starke Verstimmung ausgelöst und in demokratischen Kreisen hat man, so erklärt das „Berl. Tagebl.“, die Empfindung, als ob dieses Gefühl in einer Art Nadelstichpolitik gegen die Demokraten Ausdruck finden will. Ein Symptom für diese Entwicklung ist u. a. die Auseinandersetzung über die Nachfolger der zurückgetretenen demokratischen Oberpräsidenten von Hessen-Nassau und Kometern. Es scheint uns, so betont das demokratische Blatt, im Interesse der Koalition dringend geboten zu sein, die Auseinandersetzung über die Frage, die prinzipiellen Charakter hat, im Einvernehmen aller Regierungsparteien zu schließen.

Das ist schon deswegen notwendig, damit die Zurückweisung der Angriffe auf die preussische Regierung, wie sie beispielsweise in dem am Freitag zur Abstimmung kommenden Wirtstraussenspotum gegen den Innenminister enthalten sind, mit voller Geschlossenheit aller Regierungsparteien erfolgen könne.

Ein Land mit Staatsüberschuß

Ist das kleine Anhalt. Das anhaltische Staatsministerium unterbreitete dem Landtag den Staatshaushaltsabrechnung für 1930. Er zeigt ein für die Staatsfinanzen sehr erfreuliches Bild. Denn er ergibt einen Reinerüberschuß von 798 000 M.; dem Landtag wird vorgeschlagen, diesen Überschuß zur Deckung ordentlicher Ausgaben des Jahres 1929 zu verwenden. Aus diesem Grunde wird er nicht der Staatsschuldenverwaltung, sondern insgesamt der Überschussverwaltung zugeführt, um als Vertriebsvorschuß den Staatskassen wieder zuzuführen, die seit der Geldentwertung durch die Inflation eines solchen entbehren.

Die Schulden der deutschen Länder

Wie im Reich und in den Gemeinden, so ist auch in den Ländern die Verschuldung in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Am 30. September 1929 hatten die deutschen Länder nach den Ergebnissen der Finanzstatistik eine Gesamtschuld von 1907 Millionen Reichsmark. Davon entfielen nicht weniger als 1701 Millionen Reichsmark auf die Neuberschuldung, und hiervon wieder waren 527 Millionen Reichsmark Schulden an das Ausland. Allein im letzten Jahre ist die Verschuldung der Länder um mehr als 27 Prozent gestiegen. Die Anleiherträge sind meist für den Ausbau von Großkraftwerken, Häfen und Verkehrsmitteln sowie für die Förderung der Landwirtschaft verwendet worden.

Waffendiebstahl in Leipzig

Bei einem Einbruch in die Kaserne des Reichswehrinfanterieregiments 11 in Leipzig sind annähernd 30 Maschinen-gewehre und 170 Infanteriegewehre entwendet worden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß zum Abtransport der Waffen vermutlich ein Kraftwagen verwendet wurde. Für die Wiederbeschaffung oder für Hinweise, die zweidienlich sein können, wurde vom Landesverwaltungsamt eine Belohnung von 1500 M. ausgesetzt.

Wainz errichtet ein Strofemanndenkmal. Die Bemühungen interessierter Kreise für die Errichtung eines Strofemanndenkmals in Wainz an Rheinufer sind von Erfolg gewesen. Es hat sich jetzt ein Arbeitsausschuß gebildet. Der hiesige Minister des Innern gab diesem Arbeitsausschuß die Erlaubnis zur Sammlung von Geldspenden durch Werbeschreiben, Aufrufe und zur Auflage von Zeichnungskarten. Man hofft, den Grundstein zum Strofemanndenkmal schon im Juni legen zu können.

Kommunistischer Überfall in München. In der vergangenen Nacht überfielen Kommunisten in Giesing 15 Nationalsozialisten. Zwei Nationalsozialisten wurden durch Stiche und Schusswunden verletzt. Von dem am Platz erschienenen Überfallkommando wurden 15 Kommunisten festgenommen.

Verlängerung des Vermählungszwanges. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages erteilte der Regierung die Ermächtigung, die Verordnung über den Vermählungszwang von Inlandweibern in ihrer jetzigen Form, also 50 Proz. Inlandweibern, auf eine Dauer von höchstens drei Monaten, also bis Ende Mai zu verlängern.

Das bayerische Schächtverbot

Die Reichsregierung dagegen?

Zur rascher Durchführung des Verbotes des betäubungslosen Schächtens beantragten die Nationalsozialisten im Münchener Stadtrat sofort Maßnahmen zur Einführung des Betäubungszwanges im städtischen Schlacht- und Viehhof zu treffen. Der zuständige Referent erklärte, daß dies deshalb auf Schwierigkeiten stoße, weil das Gesetz noch nicht verkündet und noch keine Ausführungsverordnung dazu ergangen sei. Es sei noch nicht einmal gewiß, ob das Gesetz am 1. Oktober, dem vom Landtag beschlossenen Termin, überhaupt in Kraft treten werde, da man von verschiedenen Seiten bezweifelt, ob es mit der Reichsregierung übereinstimme, und möglicherweise von der Reichsregierung Schritte beim Staatsgerichtshof dagegen unternommen würden.

In Baden hat sich der Haushaltsausschuß des Landtags mit allen gegen 2 Stimmen gegen ein Schächtverbot ausgesprochen. Die Gegner des betäubungslosen Schächtens, die nicht nur bei den Nationalsozialisten zu finden sind, erklären dies für eine furchtbare Tierquälerei. Von der anderen Seite, insbesondere von der orthodoxen Judenchaft, wird das bestritten und erklärt, daß ein Schächtens unter vorheriger Betäubung den rituellen Vorschriften zuwiderlaufe.

Eine Zuschrift an die sozialdemokratische Mannheimer „Volkstimme“ führt aus, daß beim Schächtigen dem Tier ohne Betäubung der Hals mit Ausrücken, Speiseröhre und Halsschlagadern durchgeschnitten werde, so daß das Tier bei vollem Bewußtsein verbleibe. In der Zuschrift heißt es weiter:

„Diese Methode des Schächtens ist nun vom strenggläubigen Judentum als Religionsgebrauch sanktioniert worden, ein Grund, weshalb das Schächtigen nicht schon längst von allen Kulturstaaten verboten worden ist. Denn daß es mit den für die Schächttiere besonders aufregenden und schmerzhaften Vorbereitungen eine große Tierquälerei darstellt, darüber besteht bei allen humanen und nicht voreingenommenen Menschen, die das Schächtigen nicht nur theoretisch, sondern auch so kennen, wie es wirklich in der Schlachthalle gehandhabt wird, nicht der mindeste Zweifel. Anerkannte Anatomen und Physiologen und alle Tierärzte Deutschlands, die täglich Augenzeugen dieses betäubungslosen Schächtens sind und durch ihre wissenschaftliche Vorbildung zu einem objektiven Urteil am meisten berufen sind, haben sich einmütig gegen das Schächtigen erklärt. Es ist durch praktische Versuche von Schlachthofdirektor Dr. Klein einwandfrei festgestellt, daß die Tiere, wenn sie nach dem Halschnitt von ihren Fesseln befreit werden, noch längere Zeit geordnete Bewegungen machen, in der Halle herumlaufen, also noch bei Bewußtsein sind. Im Gegensatz hierzu stützen sich die Juden auf Gutachten von meist jüdischen Gelehrten, die theoretisch behaupten, daß der Schächtigt schmerzlos sei, ohne die tatsächlichen Vorbereitungen zu berücksichtigen.“

Besonders betont sei noch, daß den Gegnern des betäubungslosen Schächtens jede Polemik gegen die Juden und jede antisemitische Einstellung vollständig fernliegt. Nur die Liebe zu den Tieren, deren sich zu erbarmen jede Religion fordert, treibt sie zum Kampf. Zum Schluß sei noch angeführt, daß das Schächtverbot schon längere Zeit in der Schweiz und Finnland besteht, daß es in Norwegen seit 1. Januar 1930 Gesetz ist und in Bayern ab 1. Oktober 1930 eingeführt wird. Möge der Betäubungszwang für alle Schlachttiere in Deutschland recht bald durch Reichsgesetz beschlossenen werden zum Segen der leitenden Tierwelt und gleichzeitig zur Herbeiführung eines besseren Einvernehmens zwischen dem christlichen und jüdischen Volk.“

Ungewöhnlicher Witterungsumschlag in New York

WB. New York, 27. Febr. (Tel.) Auf die Hitze, die einen seit einem halben Jahrhundert im Februar nicht mehr dagewesenen Rekord darstellte, sind gestern, namentlich in New York und in den New-England-Staaten Schneefürne gefolgt, die mit einem starken Rückgang der Temperatur verbunden waren.

Sensationelle Verhaftungen in Warschau

WB. Warschau, 27. Febr. (Bris.-Tel.) Nach langer, mühsamer Zusammenarbeit zwischen der polnischen und amerikanischen Polizei ist es nun gelungen, eine ausgebreitete Bande internationaler Kaffähler und Mähgenhändler auszuheben. Insgesamt wurden in den letzten Tagen 17 Mitglieder dieser Bande in Warschau und 6 in Amerika, darunter der dort auf Umlauf befindliche Bischof des amerikanischen Generalkonsulats in Warschau, Harry Hall, verhaftet. Der Führer der Bande scheint ein gewisser in New York verhafteter Vastin gewesen zu sein, der zahlreiche Scheinehen abschloß, um dann seine jeweilige Frau mit gefälschten Papieren in die Vereinigten Staaten einzusmuggeln. Er vermittelte auch sonst Einreisen nach Amerika auf Grund gefälschter Pässe, wobei ihm der verhaftete Bischof beihilft gewesen zu sein scheint. Vastin verlangte und erhielt Beträge zwischen 600 und 1000 Dollar.

Kleine Chronik

Erich Zeiner, der bekanntlich in seinem Auto bei Regensburg eine unbekannt Person verbrannte, um dadurch seinen eigenen Tod vorzutäuschen und sich in den Besitz einer großen Lebensversicherung zu versehen, wurde am Dienstag, wie gemeldet, in Regensburg bei Wülfsheim der Regensburger Kriminalpolizei übergeben. Er wurde sogleich nach Regensburg in das Gefängnis gebracht.

Auf dem Lehrstuhl Bahnhof in Berlin kam es gestern abend bei dem Abtransport einer Truppe junger Tänzinnen, die unter dem Truppennamen „Sisters & Co.“ in ein angelegliches Engagement nach Buenos Aires gehen, zu turbulenten Szenen. Die Kriminalpolizei nahm ein junges Mädchen in Gewahrhaft, das den Eltern entlaufen war. Die übrigen jungen Mädchen, die mit diesem verdächtigen Transport nach Südamerika reifen, konnten nicht zurückgehalten werden, da sie sämtlich mündig sind. Die Truppe, der von dem Berliner argentinischen Konsul das Visum erteilt worden ist, reist ohne Visum zunächst bis Montevideo.

In Itz in Steiermark betreten vier Schulfinder im Alter von 9 bis 13 Jahren auf dem Heimweg von der Schule die Eisdeide eines Baches, dessen Wasser für einen Mühlenbetrieb gestaut und sehr tief ist. Die Kinder brachen ein und haben ihren Verstand mit dem Tode büßen müssen.

Der Ehescheidungsprozess zwischen der Erbprinzeßin von Monaco und ihrem Gatten, Prinz Peter von Monaco, wird am 22. März in Monaco zum Austrag kommen.

Den Blättern zufolge ereignete sich gestern am späten Abend im Lüne-Bergwerk bei Saldorf (Lancashire) eine Explosion. Fünf Bergleute wurden getötet. Im Krankenhaus liegen 20 Verletzte, von denen viele schreckliche Brandwunden erlitten haben.

Am 17. Februar hat sich auf der Höhe der zu den Bahamas gehörenden Insel Abaco ein schweres Schiffswendel ereignet. Dort schlug die Schaluppe „Veronica“ infolge hohen Seeganges voll Wasser und sank. Von der 20 Mann starken Besatzung sind 17 Todesopfer zu beklagen.

Badischer Teil

*** Die stenographischen Landtagsberichte**

In heutigen „Badischen Beobachter“ wird die kurze Zusage eines politisch interessierten Lesers veröffentlicht, in welcher darüber geklagt wird, daß die stenographischen Landtagsberichte, die der „Karlsruher Zeitung“ beiliegen, viel zu spät (im vorliegenden Falle erst 18 Tage nach der betreffenden Sitzung) erscheinen. Wenn die stenographischen Landtagsberichte mit einer solchen Verspätung erscheinen, habe man sicher keine Lust mehr, sie wirklich zu lesen. Es läge im Interesse des Landtags selbst, daß die Berichte möglichst rasch herauskommen. Die Öffentlichkeit werde dann an den Verhandlungen auch wieder größeren Anteil nehmen, als das jetzt offenbar der Fall sei. „Wo fehlt es da?“

Wir möchten dazu vom Standpunkt der Redaktion der „Karlsruher Zeitung“ aus folgende Bemerkungen machen. Die Herausgabe der stenographischen Landtagsberichte, die unserer Zeitung beiliegen, geschieht außerhalb unserer Tätigkeit und Verantwortung. Gleichwohl haben auch wir im Interesse des Landtags, der Abgeordneten und der badischen Politik die Tatsache, daß diese Landtagsberichte so spät erscheinen, je länger je mehr bedauert. Wir haben uns davon überzeugt, daß die Schuld an der verspäteten Erscheinungsweise den Verlag jedenfalls nicht trifft. Es müßte also genau untersucht werden, welche Ursachen an der unliebsamen Verspätung schuld sind. In erster Linie müßte man dabei wohl an die Geschäftsordnung des Landtags denken, welche dem Abgeordneten gestattet, daß er vier Tage lang das Manuskript seiner Rede behalten darf, zum Zwecke der Durchsicht. Die Übertragung des Stenogramms in Maschinenschrift dauert durchschnittlich 2-3 Tage, je nach der Zahl der Sitzungen. Dann geht das Manuskript an die „Amtliche Berichterstattung“. Diese korrigiert die Neben durch und schickt sie dann dem Abgeordneten. Auch das dauert je nach der geographischen Lage des Wohnortes des Abgeordneten einige Tage. Und so verzögert sich das Ganze bis zu 10 bis 14 Tagen nach der Sitzung hinaus. Der Druck selbst erfolgt ja dann sehr rasch, vorausgesetzt, daß von der „Amtlichen Berichterstattung“ die notwendigen Korrekturen rechtzeitig gelesen werden.

Sicherlich wird durch die Einfindung in „Badischen Beobachter“ das eine Gute erreicht werden, daß man dieser Frage nachgeht und sie hoffentlich in einer Weise löst, die es ermöglicht, daß die stenographischen Landtagsberichte, wie in früheren Zeiten, rechtzeitig, das heißt nur einige Tage nach der betreffenden Sitzung, erscheinen.

**Badischer Landtag
Der Haushaltsauschuss**

befähigt sich am Mittwoch den ganzen Tag über mit dem Kapitel Landwirtschaft.

Eine längere Debatte entspann sich beim Titel Weinbau, wobei man für möglichst weitgehende Förderung des Anbaues der Edelrebe eintrat. Zur Förderung der Frostschäden vom letzten Winter wollen Reich und Land je 17.000 M. bereitstellen. Was die Befestigung der Amerikaner anlangt, so soll die Umstellung allmählich erfolgen, und ein Zwang lediglich dort angewendet werden, wo die Reblaus aufgetreten ist. Ausgedehnte Erörterungen knüpfte sich an den Titel Förderung der Rindviehzucht. Es soll wieder mehr Aufmerksamkeit der Höhenweidewirtschaft zugewendet werden. Beim Titel Niederzucht wurden die früheren Aufwendungen wieder in voller Höhe eingesetzt, dagegen bei den Aufwendungen an die Gemüserie an der Totalzollsteuer 11.000 M. gestrichen. Demokraten, Völkerei und Bauernpartei waren gegen die Streichung.

Einstimmige Annahme fand ein Zentrumsantrag, worin verlangt wird: 1. Besondere Berücksichtigung der Landwirtschaft bei Handelsverträgen. 2. Höhere Zölle auf Weine, Obst und Frühgemüse. 3. Förderung der Frühbeetkulturen durch Reichsmittel. 4. Planvolle Durchführung der Umpflanzung und Schädlingsbekämpfung im Obstbau. 5. Aufklärung aller Volksschichten über die Bedeutung der Landwirtschaft. Nur beim Absatz 11 enthielten sich die vier sozialdemokratischen Vertreter der Stimme.

Damit war das ganze Kapitel Landwirtschaft erledigt. Heute tritt der Ausschuss in die Beratung des Voranschlages des Kultus und Unterrichts ein.

Württemberg und Baden

Das württembergische Staatsministerium hat auf eine kleine Anfrage im Landtag mitgeteilt, daß die badische Staatsregierung der württembergischen Staatsregierung den Wortlaut der Ausführungen des Ministers Dr. Kemmele in Hofenheim, den wir bereits mitgeteilt haben, übermittelt hat und in einem Begleitschreiben dazu bemerkt hat, daß in keiner Weise eine herabsetzende Beurteilung württembergischer Verhältnisse beabsichtigt oder zum Ausdruck gebracht worden sei. Die Zeitungsberichte, die den Anlaß mit der kleinen Anfrage gegeben haben, hätten sich als unrichtig erwiesen.

Zollerhöhungen für Kaffee und Tee

Mit Wirkung vom 5. März 1930 an wird der Zollsatz für rohen Kaffee auf 160 M., für nicht rohen usw. Kaffee auf 300 M. und für Tee auf 350 M. erhöht. Kaffee und Tee, die sich am 5. März 1930 im freien Verkehr befinden, unterliegen einem Nachzoll, der für einen Doppelzentner Kaffee 30 M., für einen Doppelzentner Tee 130 M. beträgt. Vom Nachzoll befreit sind Kaffee und Tee im Besitz von Haushaltungsvorständen, die weder Kaffee verarbeiten, noch mit Kaffee oder Tee oder daraus hergestellten Getränken Handel treiben, sofern die Gesamtmenge nicht mehr als je 5 Kilogramm beträgt. Formblätter für die Anmeldung von nachzollpflichtigem Kaffee und Tee, die vom 5. März an binnen einer Woche zu erfolgen hat, werden von den Zollstellen unentgeltlich abgegeben.

Elegante Welt. Tanz und Gesellschaft sind die beiden Pole, um die sich das allgemeine Leben gegenwärtig dreht. Der Schönheitspflege dürfte deshalb ein besonders breiter Raum gewährt sein. Die neueste Nummer der „Eleganten Welt“ (Verlag Dr. Zelle-Göhler AG., Berlin SW 68), die soeben erschienen ist, bringt auf diesem Gebiet einige geradezu sensationelle Veröffentlichungen, die durch instruktive Aufnahmen noch an Interesse gewinnen. Wir lassen die Titel einiger besonders bemerkenswerter Artikel folgen: „Schönheitsrezepte amerikanischer Filmstars“, „Im Siegel der Wahrheit“, „Der Toilettenfisch in der Hand, der treueste Begleiter jeder Dame“, „Die neue Schönheit des Badezimmer“ usw. Preis 1 M.

**Zum Todestage
des Reichspräsidenten Ebert**

Der Reichskanzler hat den Präsidenten des Landesfinanzamts Karlsruhe, Geheimrat Stamer, ersucht, am Todestage des Reichspräsidenten Ebert an dessen Grabe in Heidelberg einen Kranz mit der Aufschrift: „Der Reichskanzler und die Reichsregierung“ niederzulegen.

Aus der Landeshauptstadt

Zweite Damen- und Fremdenführung der Grostage

Nicht nur Minutenfröhlichkeit, nein, eine Fröhlichkeit von rund drei Stunden Dauer herrschte an diesem Abend, und auch der karnevalistische Übermut des Festlichen war noch so echt, daß das wieder glänzend frequentierte Lokal (Stadt. Festhalle) sich erst kurz vor Mitternacht allmählich zu leeren begann. Man muß es also dem Efferrat der Grostage schon zuerkennen, er verfaßt sehr geschickt bei der stonometreren Anbietsung seines umfangreichen Programms, und wenn gar nicht anderes mehr helfen will, so weiß immer noch Hans I selbst ganz veritete Ohen mit einigen guten Wäsen zu erlaben.

Das Motto der Sitzung lautete „Arg fauwer!“; unter diesem Zeichen standen alle ihre Gaben, ob nun zwei neugeborene Terpsichore-Kinder aus der Laufe gehoben wurden, ob Heinz und Ida Kögeler in Tivoler Ammeisheit sich produzierten oder einen schütteligen Vorkriegsschlagel dudelten. Sehr originell war auch das Gespräch zweier Karlsruher, das mit großartiger Romadigkeit im Zeitupenschrift über die Waone ging, ebenso reichlich belacht Hans Meier, als sie ihre verzückereten Teufeleien als Mädchen vom Lande darbot. Mit nicht minder großen Beifall wurden einige gutmütig-schmüchte Scherze über das zukünftige „Großshnaben“ aufgenommen, dankbar auch die humoristischen Vorträge eines heffischen Bauers quittiert. Vor allem wackte im Saal ein freudiges Echo noch der Protokoller, der so munter in die Wäite hinausletterte, und stärksten Applaus fand des weiteren Karlheinz Löffel, zuerst als flatter Sänger mit Künstlerlocke, napper als Prinz Karneval. Jedemfalls, zwischen dem feierlichen Akt des Einzugs und dem ebenig festlich von Musik (Polka) begleitetem Ertrud des Efferrats, der als willkommene Gäfte u. a. Mitalieder der „Badenia“ und etliche Herren der Kapazität Karrenpunkt bei sich sah, fehlte es nicht an zwangaligem Stoff, und die anwesenden Karren und Karinnen hatten obendrein das Betzügen, beim gemeinsang Sang etlicher neuer Lieber (verfaßt von W. C. Oesterling, K. Schmittner, P. Stein) höchst persönlich mitzuwirken.

Das Aufklärungsstück „Das“ der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist hier in Karlsruhe von etwa 16.000 Zuschauern besuch worden. Es gab Anlaß zu Besprechungen in der Presse und in allen Gesellschaftskreisen, zwischen Eltern und Kindern, Geistlichen und Gemeindegliedern, Lehrern und Schülern, Ärzten und Ratshühenden. So ist seine Auswirkung als groß und nachhaltig zu bezeichnen, weil es die breitere Öffentlichkeit auf die Gefahren hinlenkte, die dem Einzelnen wie der Familie, der Gemeinde wie dem Staat, dem Volksgangen, wie der gesamten Menschheit durch die Geschlechtskrankheiten drohen.

Eine neue kath. Jugendberberge auf der Hornisgründe. Für unsere wandernde Jugend Mittel- und Unterbadens ist der Bau einer neuen Wander- und Jugendberberge im Gebiet der Hornisgründe geplant, ähnlich wie die Freiburger Jugend im Dezember 1928 in der neuen Christophorusshütte des Feldbergjungenheimes ein trauliches Heim fand. Die neue Bernhardsshütte wird am Hodstopf zwischen Sundsee und Unterhau in geschühler Lage errichtet werden, so daß sie von den Kationen leicht zu erreichen ist. Sie wird auf Sommer- und Winterbetrieb eingestelt, mit wohnlichen Tagesräumen, sauberen Schlafzimmern und Betten, Zentralheizung und Licht. Die gegenwärtig gespielte 3. große Wohlfahrtslotterie „Hohe Kindheit“ schaffen, aus deren Reingewinn ein beträchtlicher Anteil für diesen Zweck bereitgestellt werden wird. Die Karitas-Lotterie „Hohe Kindheit“ bietet mit Mißhilfe für die Bernhardsshütte. Wer irgendwie kann, bestelle oder hole sich ein Los zum Weitertrieb in der Geschäftsstelle „Hohe Kindheit“, Stephanienstraße 92, am Kaiserplatz, Fernruf 3722.

Amtsunterberlegung. Das Karlsruher Schöffengericht verurteilte am Mittwoch den 21. Jahre alten Justizanwärter Otto Köpffe und hier wegen Amtsunterberlegung zu 1 Jahr Gefängnis und 300 M. Geldstrafe. Der Angeklagte hatte in seiner Tätigkeit beim Amtsgericht und Notariat Karlsruhe nach und nach über 200 M. unterberlegt und etwa 80 Attenhefte befestigt.

Badische Landestheater. Das Badische Landestheater bereitet für Samstag, den 8. März, die Erstaufführung des Schauspiels „Die Affäre Drehfus“ von Hans J. Rehfisch und Wilhelm Herzog vor, ein Werk, dessen großer Berliner Erfolg sich an all den Bühnen des Reichs, die es danach aufführten, wiederholt hat. Denn wie aus einer Begebenheit, die Frankreich 12 Jahre lang in Spannung hielt, die wichtigsten und kennzeichnendsten Geschehnisse herausgegriffen sind, so sprechen in padenden Szenen die markanten Akteure der Gesellschäfte: ein Emile Jola, ein Clemenceau, ein Jaurès nur gerade so viel, als für den Augenblick notwendig ist. Die Affäre Drehfus“ wirkt durch sich selbst, durch die Wendung, die sie infolge des Eingreifens Emile Jolas nahm, und durch das weltanschauliche Ethos, mit dem sie durdgekämpft wurde. Die dialektisch scharf zugespitzte Gerichsfrage dürfte zu dem Eindrucksvollsten gehören, was die Bühnenproduktion der letzten Jahre hervorgebracht hat. — Die Generaldirektion des Badischen Landestheaters hat die „Sebastianlegende — ein Spiel vom Glauben und seinen Wundern“ von Hermann Heinz Ortmeyer zum reichsdeutschen Uraufführung erworben. Das Werk wird für die Osterzeit vorbereitet.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die anhaltende Zufuhr warmer Luft hat die Temperaturen des ganzen Landes wesentlich erhöht. Nur in der Baar kam es noch zu leichtem Strahlungsfrost. Im Gebirge ist die Frostgrenze auf ungefähr 1000 Meter gestiegen, so daß bis in mittlere Lagen Tauwetter herrscht. Vor der französischen Wäite ist das Biskapatief stationär geworden und füllt sich auf. Während Deutschland bis zur Elbe noch unter dem Einfluß der kontinentalen Luftzufuhr aus dem polnischen Hoch steht, setzt sich bei uns die warme Strömung aus Sudenten durch. Wir werden die milde Witterung auch morgen behalten. Wetterausblick: Jordaner der milden, meist bedeckten Witterung, geringe Niederschläge, nur höchste Gebirgslagen leichter Frost.

Für die Förderung des Wohnungsbaues in Freiburg im Rechnungsjahr 1930 hat der Stadtrat zu Lasten des Wohnungsbaugrundfodes einen Kredit von 3,5 Mill. Reichsmark bewilligt. Weiter bewilligte er wegen Anzulänglichkeiten des Baureditres für 1929 einen Zusatzkredit in Höhe von 500.000 M.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahl. Auch der dritte Wahlgang der Bürgermeisterwahl von Bickelbach ist ergebnislos verlaufen. Es wird nun ein kommissarischer Bürgermeister auf die Dauer von zwei Jahren ernannt werden. — In Stein wurde bei 421 Stimmberechtigten und 333 abgegebenen Stimmen der sozialdemokratische Kandidat, Ratschreiber Emil Hurry, mit 176 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Sein Gegenkandidat, der Gemeinderat Fridolin Schmitt, erhielt 142 Stimmen. — Die Gemeinde Oagsfeld wird einen kommissarischen Bürgermeister erhalten, nachdem auch der dritte Wahlgang erfolglos geblieben ist.

Ungültige Bürgermeisterwahl. Der Bezirksrat Sinsheim hat dem Einspruch gegen den dritten Wahlgang der Bürgermeisterwahl in Steinsfurt (Amt Bretten) stattgegeben. Als Grund für diese Entscheidung wurde die Veranjaltung von Trinkgelagen vor der Wahl angegeben.

Die Bezirksparlatte Gernsbach im Murgtal veröffentlicht im heutigen Inferatenteil die Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr 1929. Trotz der im Murgtal außergewöhnlich herrschenden Arbeitslosigkeit und der teilweise schleppenden Beschäftigung der heimischen Industrie ist das Ergebnis bei der Bezirksparlatte noch befriedigend. Die Sparbelegungen erfuhren eine Vermehrung von etwas über 1 Mill. Reichsmark und betragen jetzt einschließlich der Schuld- und Giroeinlagen zusammen 5.641.000 M. Die Bezirksparlatte darf durch die Bürgerschaft von 19 wohlhabenden Murgtalgemeinden als eine durchaus sichere Einrichtung angesehen werden, deren eigenes Vermögen und Reserven nunmehr 0,4 Mill. Reichsmark betragen.

Kurze Nachrichten aus Baden

16. Weinheim, 27. Febr. Donnerstag früh gegen 7 Uhr verletzten in einem Unfall geistiger Unmachtung der in der Hauptstraße wohnende 70jährige Geschäftsmann Joschim mit einem Revolver den in seiner Hausgemeinschaft befindlichen 51 Jahre alten erblindeten Neffen Adam Friedrich, sowie dessen Bruder, den 50 Jahre alten Kaufmann K. Friedrich, derart, daß sie in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus aufgenommen werden mußten. Der Erblindete ist bereits seinen Verletzungen erlegen, während der andere Verletzte in Lebensgefahr schwelzt. Joschim erhängte sich nach der Tat in einem Schuppen. Die Ursache dieser schrecklichen Tat dürfte in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu suchen sein.

23. Wiesloch, 27. Febr. Am Sonntag, dem 23. März, findet hier der traditionelle Sommertagszug statt.

23. Säckingen, 28. Febr. Die durch den vorjährigen Sturm auf Wertheim (Baden) bei uns bekannt gewordene „Mite Bankgrafenschaft von 1381“ in Berlin hat für das Jahr 1931, also zu ihrem 550-Jahr-Zubiläum, Säckingen neben anderen Städten als Zielpunkt einer ritterlichen Eroberungsfahrt in Aussicht genommen.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	27. Februar		26. Februar	
	Ges.	Brin	Ges.	Brin
Amsterdam 100 G.	167.84	168.18	167.82	168.16
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	112.07	112.29
Italien 100 L.	21.935	21.975	21.915	21.955
London 1 Pfd.	20.35	20.39	20.348	20.388
New York 1 D.	4.181	4.195	4.185	4.193
Paris 100 Fr.	16.375	16.416	16.38	16.42
Schweiz 100 Fr.	80.785	80.945	80.745	80.905
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.95	59.05
Brsg. 100 Kr.	12.399	12.419	12.395	12.415

Freiburger Weinmarkt

Mittwoch mittag 1 Uhr wurde der erste Freiburger Weinmarkt eröffnet, der von der Stadt Freiburg im Einvernehmen mit dem Badischen Weinbauverband durchgeföhrt wurde. Der Markt war von nicht weniger als 240 Nummern besucht und hatte sich eines außerordentlich guten Besuchs der Interessenten zu erfreuen. Unter den angebotenen Weinen war naturgemäß das oberbadische Anbaugelbiet am stärksten vertreten. Unter den dargebotenen Sorten befanden sich billige Tischweine im Preise von 60 bis 70 Pf. pro Liter bis zu den erstklassigsten Spitzenweinen von 4 M. und mehr die Flasche. Die verschiedenen Anbaugelbiete trugen jedem Geschmack Rechnung, und man konnte zu Preisen, die als außerordentlich bescheiden angesehen werden müssen, eritklassige Gewächse erziehen. Die von jungen Mädchen in fleisamer allemannischer Tracht frendezten Weine fanden bei den Besuchern lebhaften Anklang. Dem ersten Freiburger Weinmarkt war, wie man jetzt nach seiner Beendigung feststellen kann, auf der ganzen Linie voller Erfolg beschieden. Die Käufer waren aus allen Teilen des badischen Landes, sogar aus Württemberg, in großer Zahl erschienen. Trotz der allgemein schlechten Geschäftslage war der Absatz ein äußerst befriedigender. Im allgemeinen hat sich die Preisgestaltung sowohl für Käufer als auch Verkäufer wunschensprechend gebildet. Im direkten Verkauf wie auch im Verkauf unter der Hand war der Verkauf zufriedenstellend, so daß der Freiburger Weinmarkt, wie man jetzt schon sagen kann, im nächsten Jahre seine Wiederholung finden wird.

Um die Lagerhauszentrale AG. Tauberbischofsheim, Rechtsanwält. Hugo Lohr stellt gegenüber anderslautenden Meldungen fest, daß sowohl nach dem einmütigen Beschluß des Vorstandes und des Aufsichtsrates der Zentrale als auch nach ihrem bei Gericht gestellten Antrag auf Zulassung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens das gesamte Vermögen der Zentrale restlos ihren Gläubigern zugeföhrt werden soll, so daß die Zentrale aufhört, zu existieren. Die Nahrungsmittelfabrik Gardheim AG. gehöre nicht zur Zentrale; dagegen ständen der Zentrale sämtliche Warenvorräte und Außenstände der Nahrungsmittelfabrik vertraglich zu. Diese seien auch im Status restlos berücktsichtigt. Das Fabrikgebäude sei erheblich über seinen Wert hypothekarisch belastet. Die Mehrzahl der Gläubiger hat sich für die Einleitung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens ausgesprochen. — Wie weiter gemeldet wird, sind bisher 1573 Zustimmungserklärungen zur Einleitung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens eingelaufen. Die Gesamtzahl der Gläubiger beträgt 2909, so daß nur 1155 Zustimmungserklärungen notwendig gewesen wären, um den Vergleich beantragen zu können. Im Verhältnis zum Kapital ist die Zustimmung für rund 800.000 M. eingegangen; erforderlich war mindestens die Zustimmung für 680.500 M.; die Mindestforderung ist also auch hinsichtlich des Kapitals überschritten worden. Da die Voraussetzungen für die Einleitung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens vorliegt, ist dieses Abwählungsverfahren wohl gesichert.

Parfer AG., Heidelberg-Dossenheim. In der Generalversammlung wurde die Umwandlung der Firma in Demia AG. und die Herabsetzung des Aktienkapitals auf 200.000 M. beschloffen, wogu die Parfer Ben Corporation ihren Aktienbesitz von 680.000

Reichsmark zur Verfügung stellt. Dadurch wird der Verlust der letzten beiden Geschäftsjahre mit 373 000 RM gedeckt, und es bleiben noch weitere 80 000 RM Aktien in der Reserve der neuen Gesellschaft, nachdem 70 000 RM für Rückstellungen verwendet wurden. Die amerikanische Firma scheidet mit der gesamten Fabrikation aus, der Betrieb ist jedoch bereits wieder aufgenommen worden. Der neue Aufsichtsrat besteht aus folgenden Personen: Kaufmann Karl Hauner (Frankfurt a. M.), Kaufmann Willi Valzer (Frankfurt a. M.), Dr. Paul Winger (Saarbrücken), Kaufmann John Gollner (Stuttgart), und Rechtsanwalt Dr. Fritz Bing (Mannheim). Die Genehmigung des Abschlusses erfolgte gegen den Widerspruch zweier Aktionäre, die mit 14 800 Stimmen Protest zu Protokoll gaben.

Bei der Karlsruher Lebensversicherungsbank AG. betrug im Jahre 1929 nach den vorläufigen Feststellungen der Neuzugang 11 946 Versicherungen über 77,8 Mill. Reichsmark. Der Bestand an Kapitalversicherungen betraffte sich Ende 1929 ohne die aufgewerteten Versicherungen auf 77 861 Versicherungen über 484,1 Mill. Reichsmark gegen 69 260 Versicherungen über 433,6 Mill. Reichsmark auf Ende 1928. Der Neuzugang betrug 50,4 Mill. Reichsmark. Die Sterblichkeit ist infolge der sorgfältigen Risikoausswahl stark hinter der erwartungsmäßigen zurückgeblieben. Die Gewinnreserven gewährleisten bei Fortdauer der versicherungstechnischen Voraussetzungen die dauernde Aufrechterhaltung der bisherigen Dividendenhöhe der Versicherten.

Vergleichsverfahren Billing & Zoller aufgehoben. Das Vergleichsverfahren sowie die Verfügungsbeschränkung über das Vermögen der Firma Billing & Zoller, AG. für Bau- und Kunsttischlerei, Karlsruhe, wurde nach gerichtlicher Bestätigung des Zwangsvergleichs aufgehoben.

Der Aktienindex. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 17. bis 22. Februar 1930 auf 120,1 gegenüber 121,4 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 118,9 (120,4), Gruppe verarbeitende Industrie auf 120,2 (109,3) und Gruppe Handel und Verkehr auf 140,2 (141,5).



Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

Für die

Fastnachtbäckerei

empfehlen wir unseren Mitgliedern:

Fst. Weizenauszugmehl 00 das Pfund zu 26 Rpf.	
in Handtuchsäckchen zu 5 Pfd. u. 10 Pfd. zu 1,45 RM. u. 2,80 RM.	
feines Weizenmehl 0 das Pfund zu 23 Rpf.	
Grießzucker 34 Rpf. Kristallzucker 32 Rpf.	
Amerikanisches Schmalz 32 Rpf.	
Deutsches raff. Schmalz 1,04 RM.	
Serbisches Schmalz 1,24 RM.	
Feinstes deutsches Schmalz in Paketen (beste Qualität) das Paket zu 1,30 RM.	
Schönstes weißes Kokosfett in Tafeln:	
Marke GEG Tafel 60 Rpf.	
Marke LVK Tafel 60 Rpf.	
Marke Palmin Tafel 85 Rpf.	
Feinste Tafelbutter , abgepackt 2,20 RM.	
in Ballen 2,08 RM.	
Margarine: Rama im Blauband 1,00 RM.	
<h2 style="margin: 0;">EIER</h2>	
frische Ware und Kühlhausware zu billigsten Tagespreisen.	
Ferner empfehlen wir: Mischobst I 1,00 RM.	
Mischobst II 1,80 RM.	
<h2 style="margin: 0;">Aus unserer eigenen Konditorei:</h2>	
feinste gefüllte Berliner Pfannkuchen Stück 10 Rpf.	
Fastnachtküchle Stück 5 Rpf.	
Abgabe nur an Mitglieder! R. 199	

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsverleichterung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 114

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen
und Bestellungen Bezug
auf die Anzeigen in der
„Karlsruher Zeitung“

Q. 218. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Kaufmanns Wilhelm Leutte, Papierwarengroßhandlung in Karlsruhe, Blumenstr. Nr. 14, soll die Schlussverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 151,34 RM. Zu bevorrechtigten sind 250,15 RM Reichsmark nichtbevorrechtigte Forderungen. Die bevorrechtigten Forderungen werden teilweise befriedigt, die nicht bevorrechtigten fallen aus. Das Schlussverzeichniß liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts Karlsruhe, Abteilung A 4, auf. Karlsruhe, 18. 2. 1930. Der Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Alfred K a h n.

Schönau i. Schw. Q. 216 Gültterrechtsregisteramttrag Bd. I Seite 228: Albert Suppinger, Schneidermeister in Schlechtan, u. Friedolina Thoma, ohne Beruf in Schlechtan. Durch Vertrag vom 20. Februar 1930 ist die Verwaltung und Nutzung des Ehemannes an dem Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen. Das Vermögen der Ehefrau besteht in den in § 2 dieses Vertrags bezeichneten Sachen. Schönau i. Schw., den 21. Februar 1930. Amtsgericht.

Erbenaufruf.
Der am 3. Mai 1874 in Leipzig geborene Buchhändler Hans Mühlmann ist am 4. Juni 1929 an seinem Wohnsitz Heidelberg gestorben. Erben sind bis jetzt nicht ermittelt. Es tritt deshalb das Erbrecht des Fiskus ein. Dies wird bekanntgemacht mit der Aufforderung, Ansprüche als Erben binnen 6 Monaten, vom 4. März 1930 an, beim unterzeichneten Nachlassgericht anzubringen, andernfalls festgestellt werden wird, daß ein anderer Erbe als der Fiskus nicht vorhanden ist. Heidelberg, 25. 2. 1930. Badisches Notariat III: als Nachlassgericht.

Inserieren bringt Gewinn!



Badisches Landestheater

Freitag, 28. Februar 1930

Außer Miete

Fastnacht-Kabarett

Künstlerische Leitung:
Dr. Waag

Dirigenten:
Krips, Schwarz, Keilberth, Stern.

Einstudierung der Tänze:
Fürstenau.

Mitwirkende:
Das ganze Personal.

Anfang 19¹/₂, Ende geg. 23

I. Rang und I. Sperrsitze 8 RM.

Sa. 1. März: **Fastnacht-Kabarett.** So. 2. März: **Fastnacht-Kabarett.** Abends: **Fastnacht-Kabarett.** Im Konzerthaus: **Keine Vorstellung.** Mo. 3. März: **Fastnacht-Kabarett.** Dienstag, 4. März: **Fastnacht-Kabarett.**

COLOSSEUM

Heute 8 Uhr

Sonntags

3¹/₂ und 8 Uhr

Lokal-Revue

Karneval 1930

Bezirkssparkasse Gernsbach

— Öffentliche Sparkasse und Kreditanstalt —

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen	Verbindlichkeiten
1. Kassenbestand 18 133,29	1. Spareinlagen 4 836 259,28
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassenamt 15 501,77	2. Aufwertungsreserve 922 257,25
3. Wertpapiere 90 500,—	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen 805 079,37
4. Wechsel 59 123,64	4. Anleihen- und andere Schulden 353 982,52
5. Darlehen auf Hypotheken 3 054 772,30	5. Ausgaberrückstände 22 306,30
6. Darlehen in laufender Rechnung an Privatleute 1 474 059,41	6. Rücklagen:
7. Darlehen auf Schuldscheine 642 105,95	a) gesetzlicher Reservefonds 225 526,41
8. Darlehen an Gemeinden 856 630,—	b) Sonderrücklage 132 000,—
9. Aufwertungsforderungen 983 688,50	c) Aufwertungsabrechnungskonto 179 185,64
10. Einnahmerückstände 32 431,06	7. Reingehört vom Jahre 1929 54 913,09
11. Grundstücke u. Gebäude 270 001,—	
12. Gerätschaften 1,—	
13. Stückgüter 38 561,94	
7 535 509,86	7 535 509,86

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 5 641 338,65 RM Einlagen . . . = 282 066,90 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . 284 439,50 RM
Somit mehr 2 372,60 RM.

Gernsbach, den 25. Februar 1930. D. 219

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Der Geschäftsleiter:
Wengess, Bürgermeister. Ganter, Direktor

FRIED. KRUPP Aktiengesellschaft, ESSEN.

Vermögensbestandteile Bilanz zum 30. September 1929. Verbindlichkeiten und Reinvermögen

Grundbesitz und Werksanlagen	106 278 375,51	Grundkapital	160 000 000,—
Werkzeuge und Beförderungsmittel	71 923 951,91	Gesetzliche Rücklage	16 000 000,—
Vorräte, halb- und ganzfertige Waren	1,—	Sonderrücklage	10 000 000,—
Gewerbliche Schutzrechte	9 199 389,64	Deckung f. Schäden u. Verpflichtungen	21 590 133,95
Kasse, Reichsbank- und Postscheckguthaben	25 600 000,—	Sonstige Rückstellungen	21 128 417,12
Wechsel und Schecks	52 873 297,39	Guthaben der Hilfskassen, Stiftungen u. dgl.	1 162 293,59
Wertpapiere und Beteiligungen:	2 680 911,10	Guthaben von Werksangehörigen bei der Firma u. bei der Spareinrichtung	7 211 062,53
Beteiligungen bei Tochtergesellschaften	12 950 499,36	Anleihen	83 229 686,59
Andere Beteiligungen und Wertpapiere ohne festen Zinssatz	4 379 066,23	Hypotheken und Restkaufgelder	2 945 990,71
Festverzinsliche Wertpapiere	66 308 227,54	Anzahlungen	16 492 752,12
Bankguthaben	30 586 139,92	Waren- und sonstige Gläubiger	37 417 238,75
Guthaben bei öffentlichen Sparkassen	17 469 433,70	Bankgläubiger	25 903 932,56
Waren- und sonstige Schuldner	472 779 859,60	Laufende Akzeptverbindlichkeiten	4 603 039,04
Schuldner aus Werksgemeinschaftsverrechnung	10 919 111,87	Gläubiger aus Werksgemeinschaftsverrechnung	32 562 874,20
Sicherheitswechsel und Bürgschaften	6 905 228,14	Rückständige Löhne, Gehälter, Provisionen, Steuern, Frachten, Zölle usw.	21 613 326,27
RM. 472 779 859,60	RM. 472 779 859,60	Sicherheitswechsel und Bürgschaften	RM. 17 469 433,70

Ausgaben Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1928/29. Einnahmen

Steuern	15 619 765,67	Gewinnvortrag aus 1927/28	4 013 883,73
Angestellten- u. Arbeiterversicherung	12 016 645,49	Betriebsüberschuß	38 160 399,21
Freiwillige Wohlfahrtsausgaben	5 313 026,29	Zinsen, Ertrag aus Beteiligungen und versch. Einnahmen	6 941 094,59
Zinsen, Bergschäden, Patentabgaben, Lizenzgebühren, Abschreibungen auf Wertpapiere u. dgl. und versch. Ausgaben	5 246 828,21		
Gewinnvortrag aus 1927/28	4 013 883,73		
Reingewinn aus 1928/29	6 905 228,14		
RM. 49 115 377,53	RM. 49 115 377,53		

Schenkt Bücher

zu jedem Fest!

Druck G. Braun, Karlsruhe